

# **WIDERSTAND!**

## **In die studentischen Gremien!**

### Überfüllte Hörsäle:

Wer kennt das nicht? Eine halbe Stunde oder Stunde vor der Vorlesung gibt es im Hörsaal keine Sitzplätze mehr. Wer Glück hat, kann noch auf der Treppe sitzen. Seminare sind wegen Personalmangel so überfüllt, dass sie praktisch zu Vorlesungen werden. Wegen Überfüllung kann man an Veranstaltungen, die man eigentlich besuchen müsste, nicht teilnehmen. Die Qualität der Veranstaltungen leidet unter diesen Umständen massiv. Es ist oft schwer den Inhalten zu folgen, wenn man einen Platz ergattert hat. Rückfragen oder gar ein Dialog mit dem Lehrpersonal sind nahezu unmöglich.

Die Einrichtung der Videoübertragung von Hörsaal I in Hörsaal VI für 100.000 Euro löst das Problem nicht. Selbst die theoretische Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, wird so von vorneherein ausgeschlossen, von den Bild- und Tonausfällen ganz zu schweigen. Die Lösung muss sein, mehr öffentliche Gelder für Bildung bereit zu stellen und mehr Personal einzustellen. So kann man den hohen Zahlen von StudentInnen in den Veranstaltungen gerecht werden und gleichzeitig die Qualität der Veranstaltungen erhöhen.

- **Die Anzahl der TeilnehmerInnen bei Vorlesungen auf die Größe des Hörsaals beschränken, bei Ausweitung des Angebots**
- **Zahl der SeminarteilnehmerInnen auf 15 senken, bei Ausweitung des Angebots**
- **Keine Kürzungen sondern massive Erhöhung der Bildungsausgaben**

### Selektion, Studiengebühren und Elitebildung:

Die Reformen hin zur Modularisierung des Studiums – der Einführung von Bachelor- (BA) und Master-Studiengängen (MA) – bedeutet statt Fortschritt mehr Stress für die Studierenden, Selektion und Elitebildung. Die Folgen sind fehlende interessenorientierte Angebote für Spezialisierung, erhöhter Leistungsdruck und unterschiedliche Bedingungen für Studierende. Durch kürzere und gestrafftere Angebote für die Mehrheit im BA und der Schaffung einer wissenschaftlichen Elite im Aufbaustudium (nach vorheriger Selektion) wird eine optimale Verwertbarkeit der AbsolventInnen für die Wirtschaft geschaffen, anstatt das Studium an den Interessen der StudentInnen zu orientieren. Studiengebühren machen - neben den Ausgaben während des Studiums (für Bücher, Kopierkosten usw.) - den Zugang zur Universität immer stärker vom Kontostand der Eltern abhängig. Auch Hessen wird bald

den Vorreitern bei der Einführung von Studiengebühren Baden-Württemberg und Niedersachsen gleichziehen, um die durch Steuergeschenke an Reiche und große Unternehmen geleerten Staatskassen wieder zu füllen. Schon jetzt müssen viele StudentInnen neben dem Studium arbeiten gehen, um sich das Studieren überhaupt leisten zu können. Das bedeutet weniger Zeit zum Lernen, länger studieren, mehr Studiengebühren zahlen – oder das Studium abbrechen. Gleichzeitig werden die Bedingungen, um BAföG zu bekommen, immer weiter verschärft. Geplant ist, dass StudentInnen ohne reiche Eltern sich ihr Studium zukünftig über Kredite finanzieren sollen, die später mit hohen Zinssätzen zurückbezahlt werden müssen. Das heißt studieren zu den Bedingungen der Deutschen Bank (ab 5 bis mindestens 10 Prozent Zinsen), und insgesamt eine immer stärkere soziale Selektion.

- **Rücknahme aller Studiengebühren – Bildung ist ein Grundrecht und kein Privileg!**
- **Elternunabhängiges, darlehensfreies Bafög von 800 Euro Netto für jeden**
- **Keine Modularisierung gegen die Interessen der Studierenden!**
- **Mehr Personal, für ein breiteres interessenorientiertes Lehrangebot an der Uni**
- **Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit**

## Selbstverwaltung und Demokratie:

Bei den Wahlen zum Studierendenparlament muss eine Wahlbeteiligung von mindestens 25% erreicht werden. Wenn die 25%-Hürde verfehlt wird, werden der studentischen Selbstverwaltung (AStA, K19, Café Desasta...) die Mittel um 75% gekürzt. Das bedeutet, dass nur noch ein kleiner Teil von

dem jetzigen Angebot weiter betrieben werden kann. Der Rest – und das sind dann vor allem die Vertretungen von Minderheiten an der Uni (z.B. Schwulen - und Lesben Referat) - würden nicht weiter existieren können. Das stellt einen drastischen Angriff auf die demokratischen Rechte der Studierenden dar.

- **Verteidigung der demokratischen Rechte und der studentischen Selbstverwaltung**
- **Für demokratisch gewählte Studierendenvertretungen mit vollen demokratischen Rechten**
- **Wahl einer kollektiven Hochschulleitung durch StudentInnen und Uni-Angestellte aus ihrer Mitte**

## Wie kann man die Forderungen durchsetzen?

Hochschulpolitik findet nicht isoliert statt, sie findet vor dem Hintergrund von Sozialabbau, Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen statt. Die öffentlichen Kassen sind nicht ohne Grund leer, sie wurden in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zugunsten von großen Konzernen, Banken und Reichen geleert. Das Geld ist also da, um allen die ein qualitativ gutes Studium zu ermöglichen, das an den individuellen Interessen ausgerichtet ist. Wir müssen es uns nur holen (zum Beispiel durch Besteuerung von Gewinnen oder Wiedereinführung der Vermögenssteuer). Dazu ist jedoch Widerstand notwendig. Studentischer Protest kann nure erfolgreich sein, wenn gemeinsam mit anderen Betroffenen, den Beschäftigten und Erwerbslosen protestiert wird. Dass das geht, haben zuletzt unsere KommilitonInnen in Baden-Württemberg gezeigt. Wir müssen die Brücke schlagen

zwischen Bildungs- und Sozialabbau: Mit den schon durchgeführten und den noch in Aussicht stehenden Angriffen auf die Studierenden sinken die Chancen von Kindern lohnabhängig Beschäftigter auf ein Studium immer weiter. Die meisten Studierenden werden später selber Lohnabhängige sein. Arbeitszeitverlängerungen oder Lohnkürzungen betreffen also auch die Studierenden. Die Zeiten sind auch vorbei, in denen man mit einem akademischen Abschluss sicher Arbeit fand. Hartz IV ist auch ein Angriff auf unsere Zukunft. Der Kampf gegen Studiengebühren ist ebenso wie der gegen Arbeitszeitverlängerung oder Sozialabbau im gemeinsamen Interesse von Studierenden, Erwerbslosen und Beschäftigten – führen wir ihn auch gemeinsam! Eine Chance dafür ist die geplante Demo am 1. April gegen die Kürzungen der Regierung.

### Was ist die SoziaListe?

Die SoziaListe ist die Studentische Linke Kassel. Sie ist ein Zusammenschluss Studierender aus 9 verschiedenen Fachbereichen der Universität Kassel. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20:30 Uhr im Autonomen Zentrum Bazille (Sickingenstraße 10) und haben zur Zeit zwei VertreterInnen im Studierendenparlament sowie eine Vertreterin im AStA (Allgemeiner StudentInnen Ausschuß).

Wenn ihr Fragen habt, könnt ihr uns gerne ansprechen, zu unseren Treffen kommen, unsere Homepage besuchen oder uns eine E-Mail schreiben.

**Am Freitag dem 20.1.2006 geben wir ab 19.00 Uhr eine Infoveranstaltung in der Arnold-Bode-Str. 8 im Raum 0113/0114.**